

17.12

**Abgeordneter Christian Lausch** (FPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Herren Bundesminister auf der Regierungsbank! Klubobmann Strache hat es schon angesprochen, es gibt mehr Fälle als diese grausame Tat am Brunnenmarkt; so auch die Vergewaltigung einer 21-jährigen Studentin am Praterstern von drei afghanischen Asylwerbern. Auch das ist eine Tat, die natürlich aufs Schärfste zu verurteilen ist.

Herr Bundesminister! Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang Folgendes mitteilen: Diese drei Asylwerber, 16, 17 Jahre alt, sind ja bereits in Haft, sind in Wien inhaftiert. Man denkt, ein Täter, der so eine Tat verübt hat, kommt irgendwann einmal zur Einsicht und bereut die Tat. Nichtsdestotrotz hat einer dieser drei Vergewaltiger wenige Tage nach der Tat eine Justizwachebeamtin im Dienst in einem Aufzug in der Justizanstalt attackiert. Sie konnte sich durch Selbstverteidigung wehren, und dabei hat der Täter, der Asylwerber, blaue Flecken abbekommen. Zum Glück, muss man sagen, ist der Kollegin relativ wenig passiert, sie konnte sich gut wehren. Der Täter hatte blaue Flecken, weshalb die Jugendgerichtshilfe sich bemüßigt gefühlt hat, diese Tat, und zwar nicht die Tat des eigentlichen Täters, sondern die Verteidigungshandlung der Beamtin, anzuzeigen.

Man darf gespannt sein, was dabei herauskommt. Ich hoffe, dass man, da Sie, Herr Bundesminister – wie Sie gesagt haben, und ich glaube Ihnen das auch –, der Frustration bei der Exekutive, bei Polizei und Justizwache, entgegenwirken wollen, dann doch die richtigen Entscheidungen treffen wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was natürlich auch ein bisschen verwundert hat, ist, dass dann durch die Medien gegangen ist, dass ein Komplize, einer dieser drei Asylwerber, Vergewaltigungstäter, an einer Blutkrankheit laboriert, wofür eine medizinische Behandlung vonseiten der Justiz von 24 000 € pro Monat gewährleistet wird. Ich muss Ihnen schon sagen: Das hat in meinem Posteingang zu vielen E-Mails von Bürgern geführt, die dagegen natürlich protestieren. Eine darf ich Ihnen dann vorlesen, die mir eine Mutter geschrieben hat, denn das ist vielleicht ganz interessant.

Herr Bundesminister, Sie sind ja sehr reformwillig, das haben Sie immer angekündigt, es wäre schon lange einmal an der Zeit, die First-Class-Medizin für die Straftäter in den Justizanstalten zu beenden, in Zeiten wie diesen zu versuchen, Verhandlungen mit der Frau Gesundheitsminister aufzunehmen, um eben diese Spitzenmedizin für Straftäter eventuell hintanzuhalten und diese endlich in die Gebietskrankenkassen zu überführen. Diese Leistungen, die man in Haft teilweise erhält, sind einem Normalbürger nicht mehr zugänglich, und das löst dann natürlich diese Proteste aus.

Ich denke, Normalbürgern, Bürgern, die ihre Arbeit leisten und brav ihre Steuern zahlen, werden solche Medikamente von den Krankenkassen meist nicht bewilligt (*Beifall bei der FPÖ – Abg. Walter Rosenkranz: Das stimmt! Gerechtigkeitsfrage! Sehr wichtig!*), und das löst natürlich schon sehr viel Unmut in der Bevölkerung aus.

Da schreibt mir eine Mutter:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Beim Lesen des Artikels in der „Heute“ am 18.5. konnte ich Traurigkeit und Empörung zugleich spüren. Ich pflege meinen 38-jährigen Sohn seit fünf Jahren zu Hause. Seit einem Unfall befindet sich mein Sohn im Wachkoma, macht aber dennoch Fortschritte. Mein Sohn hat 20 Jahre in das System eingezahlt und elf Jahre bei den Wiener Linien gearbeitet. Es gibt sehr gute Therapiemöglichkeiten, aber die Krankenkasse weigert sich, die Kosten zu übernehmen. Ich arbeite rund um die Uhr für meinen Sohn. Und wenn ich dann lese, dass unser Staat für einen Straftäter 24 000 € pro Monat für Therapien aufbringen kann, jedoch 12 000 € Therapiekosten im Jahr für meinen Sohn zu viel sind, dann frage ich mich: Was läuft hier falsch? Was wird hier von langer Hand geplant? Ich fühle mich von der Gesellschaft, der Regierung und erst Recht von der Judikatur im Stich gelassen. Ich kann nur hoffen, dass ein Bundespräsident Hofer die Möglichkeit hat, einige Dinge zum Guten zu wenden, sodass sich auch bei mir als österreichischem Staatsbürger wieder das Gefühl einstellen kann, nicht im Stich gelassen zu werden. – Zitatende.

*(Beifall bei der FPÖ.)*

Das war nicht die einzige Mail, sondern unzählige Mails sind an mich ergangen, als medial bekannt wurde, was für den Gesundheitsbereich in den Justizanstalten bezahlt wird und dass das einem Bürger in Österreich normal nicht mehr zugänglich ist.

Herr Bundesminister! Ich bedanke mich im Namen meiner Fraktion für Ihre Aussagen im letzten Justizausschuss, dass Sie eine Sonderkommission einsetzen werden. – Sehr begrüßenswert, sehr löblich, und ich glaube auch, und deshalb habe ich Ihnen auch die E-Mail vorgelesen und mir die Zeit genommen, dass das bei Ihnen fruchtet, dass das wirklich bei Ihnen ankommt.

Herr Bundesminister, das Einzige, das hier noch anzumerken ist, das mich wirklich sehr wundert und mich irgendwie besorgt macht: Ich habe von Ihnen vor wenigen Tagen eine Antwort auf eine parlamentarische Anfrage bekommen. Die lapidare Frage lautete: Wie viele Asylanten, Asylwerber, Konventionsflüchtlinge beziehungsweise subsidiär Schutzberechtigte befinden sich zurzeit in Haft und in welcher Anstalt? – Eine Frage, bezüglich der ich mir schon gedacht habe, da werde ich eine umfassende

Antwort bekommen, dann haben wir einmal Klarheit, wie das aussieht. Die unglaubliche Antwort vom Bundesministerium beziehungsweise von Ihnen, war, dass Sie das nicht wissen.

Herr Bundesminister, Sie nicken, und ich glaube Ihnen auch, dass Sie diese Frage richtig und ehrlich beantwortet haben, aber das kann es doch bitte nicht sein, Herr Bundesminister, dass man das nicht weiß! Jeder in Haft befindliche Asylwerber hat im Regelfall einen Asylantragsausweis, vielleicht auch nicht, wird vielleicht auch erst in Haft erstellt, und dann beginnen schon die Ausführungen zu den Behörden.

Also dass es da keine Aufzeichnungen gibt, verstehe ich nicht, denn das ist meiner Meinung nach kein Problem, außer, dass es ein Mehr an Arbeit bedeutet. Meiner Meinung nach ist das eine Sache des Willens, Herr Bundesminister: Will man es machen oder will man es nicht machen! Schwierigkeiten und Kosten verursacht so etwas nicht. Aber anscheinend will man das nicht machen.

Genauso muss man sagen, dass es anscheinend – und das kam mir in der letzten Zeit immer häufiger vonseiten der Exekutivbediensteten, sowohl aus der Polizei als auch aus der Justizwache, zu Ohren – sogenannte Maulkörbe für Beamte gibt. Ich will jetzt nicht sagen, von Ihnen, aber aus dem Umkreis des Ministeriums. Das heißt, man darf nichts sagen, man soll die Bevölkerung nicht informieren, die Politiker, und und und. Also man soll den Deckmantel des Schweigens über Daten drüberstülpen.

Das dürfte nicht sein. Ich denke, man sollte mit dieser Sache – das haben wir heute schon einige Male gesagt und geklärt –, mit diesen Fällen ehrlich umgehen und nicht die Beamten noch zusätzlich demotivieren, indem man Maulkorberlässe herausgibt.

In diesem Sinne sage ich noch einmal Danke für diese Kommission. Danke für Ihre Arbeit und für Ihre Bemühungen, Herr Bundesminister. Vielleicht können Sie hier noch die eine oder andere Frage, die ich hier aufgeworfen habe, beantworten. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

17.21

**Präsident Karlheinz Kopf:** Nächster Redner: Herr Abgeordneter Plessl. – Bitte.